

Zeitschrift:	Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber:	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band:	37 (1945)
Heft:	10
Artikel:	Gedanken über das Geld
Autor:	Ramp, Hansjörg
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-353216

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gedanken über das Geld.

I.

Randbemerkungen zu den acht Thesen über Währungs- und Kreditpolitik der nationalrätslichen Vollmachtenkommission.

Von Hansjörg Rampa.

Oscar Sachse, unser geschätzter gelegentlicher Mitarbeiter, hat, trotzdem es ihn so sehr gefreut hätte, die Veröffentlichung seines Artikels «Henry Ford und die Banken» in der Märznummer nicht mehr erlebt. Zu seinem Gedenken geben wir die von seinem besten Freund und Arbeitsgenossen nach den Erkenntnissen von Oscar Sachse zusammengestellten Bemerkungen zu den Thesen der Nationalrätslichen Vollmachtenkommission über Preis, Lohn und Währung wieder, ferner als gedrängte Zusammenfassung seines Werkes die «10 Thesen zum Geld- und Bankenproblem». Wenn Oscar Sachse, der es nie zuließ, dass seine fortschrittlichen Theorien verwässert werden, die wichtigsten Thesen der Vollmachtenkommission als Grundlage weiteren Fortschreibens auf dem Wege zur vollen Gelderkenntnis hätte gutheissen können, so zeigt dies, wie sehr er recht hatte, am Leben zu hängen, denn das Leben hätte ihm — wie auch unsere Ausführungen über die Nachkriegspolitik des Britischen Gewerkschaftsbundes in Nr. 6 der «G. R.» zeigen — noch manche Genugtuung gebracht. R.

These 1.

«Für die Sicherung der Gesamtbeschäftigung des Landes spielt auch die Währungs- und Kreditpolitik eine wichtige Rolle.»

Ein Satz — in seiner ganzen Tiefe und Wahrheit erfasst —, der zu Änderungen von «revolutionärem Charakter» im heutigen Geld- und Bankwesen führen muss.

Auf die Richtigkeit dieser These ist von uns schon mehrfach hingewiesen und deren Anerkennung gefordert worden.

«Eine Deflationspolitik im Sinne einer Krediteinschränkung und Verminderung der aktiven Geldmenge darf nicht in Betracht kommen.»

Erfreulich, dass man nach diesem zweiten Weltkrieg keine die ganze Nation schädigende Deflation mehr durchführen will, sondern etwas gelernt hat aus den Erfahrungen der schlechten Jahre von 1921 bis 1925 und 1930 bis 1938.

These 2.

«Die Nationalbank soll nach mässigen und stabilen Zinssätzen tendieren.»

Mässige und stabile Zinssätze sind das Ideal der Rentner, der Banken und Versicherungsgesellschaften. Das Ideal des Staates und

des arbeitenden Volkes sollte dagegen sein: die allmähliche, gänzliche Abschaffung des risikofreien, arbeitslosen Zins-einkommens. Jeder Staat wird nach diesem Kriege mehr als genug zu tun haben, um seine riesigen Schulden zu amortisieren. Dies wird überhaupt nur möglich sein, wenn der Zinsfuss ständig gesenkt werden kann oder wenn durch eine ständige leichte Inflation und die damit verbundene ständig fortschreitende Entwertung des Geldes die Schulden immer leichter gemacht werden; also keine Stabilisierung von mässigen Zinssätzen für die Zukunft vorschlagen. Nach Lord Keynes ist der «sanfte Tod des Rentners» das Erstrebenswerte. (Keynes und der Verfasser dieses Artikels werden begreifen und in Rechnung setzen, dass trotz dieser Theorie die kleinen Rentner gerne leben möchten und dass vorläufig Versicherungsfonds usw. — auch solche, an denen gerade das «arbeitende Volk» Interesse hat — an einem anständigen Zins gewaltig interessiert sind. Ob die völlige Abschaffung des Zinses notwendig und nützlich ist oder ob ein kleiner Zins nicht wichtige volkswirtschaftliche Funktionen erfüllen kann, ist eine heute noch nicht entschiedene Streitfrage. Die Red.)

These 3.

«Die Wiederherstellung des früheren Reallohnes zum Zwecke der Steigerung der Kaufkraft sollte nach Möglichkeit durch Erhöhung des Nominallohnes und unter Wahrung des Schutzes der inländischen Produktion durch eine Senkung der Lebenskosten erreicht werden.»

Dieser Satz ist unklar abgefasst, er enthält auch etwas Zweischneidiges. Richtig ist die allmähliche Wiederherstellung des früheren Reallohnes durch Erhöhung des Nominallohnes, um für die Nachkriegszeit die Kaufkraft zu steigern. Gleichzeitig die Lebenskosten senken wollen, heisst aber den Nominallohn senken müssen. (Nicht unter allen Umständen, da es auch durch den Lohn nicht bedingte Möglichkeiten der Senkung der Lebenskosten gibt. Die Red.) Man wird hier nicht vorsichtig genug vorgehen können, um nicht in das Fahrwasser der Deflation zu geraten. Die Senkung der Lebenskosten wird man darum so gering halten müssen, dass man praktisch lieber darauf verzichtet. Wenn die Vollbeschäftigung im richtigen Sinne unser Ziel sein wird, wenn also alle einen anständigen Lohn erhalten, so wird die Senkung der Lebenskosten je länger je weniger als notwendig empfunden.

Thesen 4 und 5.

Zu diesen Thesen ist nichts Wesentliches zu sagen.

These 6.

«Währungsanpassungen werden voraussichtlich nur auf Grund einer internationalen Verständigung und nur in engem Rahmen zugelassen werden.»

Gewiss sollen wir uns international verständigen; aber wenn wir die richtige Geldpolitik im Innern der Schweiz betreiben, werden wir uns blos in engem Rahmen an das Ausland anpassen müssen. Jedes Land wird gerne mit der Schweiz Handel treiben, wenn unser Geld- und Bankwesen gesund, das heißt auf der rechten Grundlage aufgebaut worden ist.

«Vollbeschäftigung geht einer starren Währungspolitik vor.»

Einziges Ziel der Währungspolitik sollte eigentlich sein: unser Geld uns als steten Rechnungsmassstab zu erhalten.

Die Vollbeschäftigung muss durch die Finanzpolitik, vor allem durch die Steuer-, Kredit- und Zinspolitik erreicht werden.

Heute kann man aber überhaupt keine vernünftige Währungspolitik betreiben, da man ja nicht einmal die Gesamtgeldmenge der Schweiz kennt und diese daher auch nicht regulieren kann.

These 7.

«Durch eine Stabilisierung der Gesamtwirtschaft in Verbindung mit zweckentsprechenden geldpolitischen Massnahmen soll versucht werden, auch eine relative Stabilität der Kaufkraft des Geldes im Innern zu erreichen.»

Wie bereits gesagt, ist die Stabilisierung der Kaufkraft des Geldes im Innern des Landes von grösster Wichtigkeit.

Die Kaufkraft des Geldes darf aber nicht mehr wie bisher an einer einzigen Ware gemessen werden, am Golde, sondern an vielen sorgfältig ausgesuchten Waren, die eine schweizerische Durchschnittsfamilie verbraucht.

These 8.

«Die Frage Preis, Lohn und Währung kann nur im Rahmen eines allgemeinen Wirtschaftsprogrammes gelöst werden.»

Auch diese These ist zu bejahren. Alle drei, Preis, Lohn und Währung, gehören unzertrennbar zusammen! Wie steht es aber, wenn von dem einen, der Währung, die den beiden andern ja übergeordnet ist, man in den Thesen sozusagen nichts Grundsätzliches findet? Ist es vielleicht deshalb, weil gerade hier, trotz all den vielen Professoren der Nationalökonomie und den vielen Büchern über das Geld, immer noch so viel Dunkelheit und Verwirrung herrscht?

Allgemeine Bemerkungen, bzw. Ergänzungen zu den acht Thesen.

Diese Thesen sind für mich arm an Inhalt durch das, was sie nicht sagen, was sie verschweigen!

Ich führe hier der Kürze wegen nur die heute drei wichtigsten Probleme an, die nach meiner Ansicht in den acht Thesen hätten grundlegend behandelt werden sollen.

1. Was ist Geld?

Es wird von der aktiven Geldmenge geschrieben, von der Kaufkraft des Geldes, der Stabilisierung seiner Kaufkraft usw., ohne dass man weiß, von wem oder von was genau gesprochen wird.

Die Frage, was wollen wir Schweizer als unser Geld anerkennen, ist immer noch unbeantwortet geblieben — und damit wird eben alles unsicher und unbestimmt, was wir darauf aufbauen wollen, zum Beispiel die Preise und Löhne!

2. Goldwährung.

Kein Wort wird in den acht Thesen über das Gold und die Goldwährung gesagt. Ist diese damit endgültig abgeschafft und erledigt oder will man sich ihrer nur noch in geheimnisvoller Weise bedienen? Eine klare Stellungnahme wäre gerade in diesem Punkt von grösster Wichtigkeit gewesen.

Der kürzlich verstorbene schwedische Nationalökonom Gustav Cassel schrieb schon vor zehn Jahren: «Das Gold hat versagt, sowohl als Zahlungsmittel wie auch als Wertmesser.» Diese Feststellung war richtig, sie wurde auch von andern bekannten Nationalökonomen geteilt. Aber noch keine Regierung hat es wagen dürfen, gerade hier neue Wege zu gehen. (Weshalb es vielleicht ein wenig entschuldbar ist, dass die kleine Schweiz hier nicht als Schrittmacher auftreten kann und will. Die Red.)

3. Buchgeld.

Was soll mit dieser Sorte «Geld» in der Schweiz heute geschehen? Auch hiervon kein Buchstabe in den acht Thesen.

Bankguthaben sind heute immer noch nicht staatliches Geld, weil noch nicht vom Staate geschaffen; aber sie machen die Hauptmenge unseres Geldes aus. Was für seltsame Tatsachen! Und niemand kann und will sie sehen? Sonst müsste man ja manches ändern, wie man vor 50 Jahren auch eine ganze Schwenkung vollzog, als man von den «privaten» Banknoten zu den staatlichen Banknoten überging und deren Herstellung Monopol der Nationalbank wurde. Bei den Banknoten und Münzen ist das Problem jetzt gelöst, und ihre Herstellung ist gesetzlich klar verankert. Beim Buchgeld muss nun endlich der letzte Schritt ebenfalls getan werden. Es wird wohl der Schwerste sein, weil man jetzt nicht mehr in eine vierte Geldart ausweichen kann, weil Buchgeld in Friedenszeiten ja das beste Geld ist, da es aus abstrakten Rechnungseinheiten in den Büchern der Banken besteht.

Schluss.

Der Pflug muss also tiefer ins Erdreich geführt werden. Das Währungsproblem muss jetzt in seiner Ganzheit gesehen werden, wenn wir zur Lösung des Geld- und Bankenproblems gelangen wollen, die dem ganzen Schweizervolk hilft und dient und nicht mehr bloss einer kleinen Minderheit.

Es bedeutet daher mehr als einen Mangel, es ist ein Fehler, wenn die Schweizerische Nationalbank soeben für das Jahr 1944 konstatieren muss: « Die schweizerische Währungspolitik erfuhr im Berichtsjahr keine grundsätzliche Änderung. »

Die Vollmachtenkommission des Nationalrates muss noch weitergehen, sonst führen diese acht Thesen wirklich nirgends hin. Alles bleibt stehen auf dem Papier, wird nie Wirklichkeit, die uns besseren Zeiten entgegenführen will. Gerade die Gegenwart sollte uns lehren, dass nicht alles grundsätzlich beim alten bleiben darf.

II.

Zehn Thesen zum Geld- und Bankenproblem.

Thesen 1.

Das Wichtigste für alle Staaten wäre heute, dass sie das alleinige Recht zur Geldschöpfung zurückgewinnen.

Dieses Recht haben sie deshalb verloren, weil die Menschen nicht begriffen haben, dass das Geld eines fortschrittlichen Volkes nicht aus Metall bestehen kann, sondern seinem Wesen nach ein allgemein anerkanntes « Guthaben » ist.

Während des ersten und zweiten Weltkrieges haben die Privatbanken den grössten Teil des zusätzlichen, inflatorischen Geldes « geschöpft », und die Regierungen waren genötigt, dieses Geld zu borgen und es zu verzinsen. Das ist ein wesentlicher Grund, weshalb die Staaten immer tiefer und tiefer in die Schuldenwirtschaft hineingerieten. (Dafür haben zum Beispiel in England die Privatbanken jedes Jahr grössere Gewinne erzielt, so auch wiederum 1944.)

Anmerkung.

John Adams, Präsident der USA. und Nachfolger von George Washington, prägte schon 1797 folgenden Satz:

« Jede private Geldschöpfung muss als eine Ungeheuerlichkeit und als ein Betrug am Volke betrachtet werden. »

Zwei Sätze aus dem Buch «100% Money» von Prof. Irving Fisher (USA.):

«Unter dem heutigen System schaffen und zerstören die Banken Bankguthaben, indem sie Anleihen gewähren oder künden.»

«Tatsächlich, wenn auch nicht wörtlich zu nehmen, „münzt“ jede Bank Geld aus; die Banken als Ganzes genommen regulieren, kontrollieren und beeinflussen den Wert des Geldes.»

These 2.

Die Nationalbank und alle Kantonalbanken und privaten Gross- und Kleinbanken sollten zur Schweizerischen Bundesbank vereinigt und das Ganze dann als öffentlicher Dienst vereinheitlicht und ausgebaut werden.

Anmerkung.

Aus der «Botschaft des Bundesrates zum Gesetz über die Banken und Sparkassen» (1934):

«Der unbeschränkte Einfluss derer, die den Geldmarkt beherrschen und den Kredit verteilen, ist unbestreitbar einer der grossen Machtfaktoren der Gegenwart. Bei diesen Verhältnissen ist die Banktätigkeit eine Art öffentlicher Dienst geworden.»

«Grossbanken sind ihrer Natur nach verstaatlichungsreif, weil sonst die Gefahr besteht, dass sie stärker werden als der Staat.»

(Aus der «Finanzrevue» vom 8. April 1936, geschrieben vom Redaktor.)

These 3.

Der Schweizer Franken soll wie bisher die Geldeinheit der Schweiz bleiben, obwohl der Franken weder «Goldgehalt» noch «Silbergehalt» haben wird. Die wahre «Deckung» des Schweizer Geldes ist weder das Gold noch das Silber, das in der Nationalbank liegt, sondern sämtliche Waren und Dienstleistungen des gesamten Schweizervolkes.

Anmerkung.

«Den Handel mit einer Geldeinheit versehen, um seine Abmachungen messen zu können, ist im wesentlichen Aufgabe der Regierung.

Um diese Aufgabe richtig erfüllen zu können, müssen alle Formen von Umlaufmitteln der gleichen Amtsstelle unterstellt sein, die Banknoten und die Bankguthaben mit eingeschlossen.

Ursprünglich beherrschte die Regierung das Geld viel mehr, als sie es heute tut. Die Unregelmässigkeit von heute kam stufenweise, zuerst indem man die Banknoten erlaubte und später (was viel wichtiger ist!), indem man die Bankguthaben erlaubte. »
(Aus « 100% Money » von Prof. Irving Fisher.)

Th e s e 4.

Die bestehenden Bankguthaben in den Büchern aller Banken müssen als staatliches Geld anerkannt und zu den Banknoten als gleichwertig hinzugezählt werden bei der Festsetzung der Gesamtgeldmenge. Von jetzt an darf nur noch der Staat allein, beziehungsweise die Bundesbank neue Bankguthaben (wie bisher die neuen Banknoten) herstellen und herausgeben.

A n m e r k u n g .

« Hauptaufgabe der Notenbank: Die ausreichende Versorgung des Landes mit Zahlungsmitteln sicherstellen, die in den USA. zur Hauptsache aus Zahlungsguthaben bei den Banken bestehen. »

(Dr. Laughlin Currey. Aus einem Artikel von Prof. Dr. Böhler in der « NZZ », 11. Februar 1945.)

« Man richte ein gerechtes Geldwesen ein, das das Volk nur dann in Schulden hält, wenn es wirklich verschuldet ist, und das Problem verliert von selbst seine unüberwindlichen Schwierigkeiten. »

(Christopher Hollis. Aus seinem Buch « The Two Nations », London 1935.)

Th e s e 5.

Der Staat wird die Bankaktien und Obligationen den Inhabern gegen eine angemessene Entschädigung abkaufen, und er soll dann diese Staatsschuld so niedrig wie möglich — und je länger je niedriger — verzinsen, dafür aber alle Schulden so rasch wie möglich amortisieren. Mit dem heutigen Bankensystem ist dieses Programm undurchführbar. Mit dem verstaatlichten Bankwesen könnte es aber möglich gemacht werden.

A n m e r k u n g .

« Kapitalzinsen sind heute keine Belohnung für ein wirkliches Opfer, so wenig wie die Pachtzinsen von Land. Der Besitzer von Kapital kann Zinsen erhalten, weil das Kapital knapp ist, gerade wie der Besitzer von Land einen Pachtzins erhalten kann, weil das Land knapp ist. Aber während an sich Gründe für die Knappheit von Land bestehen mögen, bestehen an sich keine Gründe für die Knappheit des Kapitals. »

(Lord Keynes. Aus seinem Buche « Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes », München 1936.)

Aus dem gleichen Buche:

« Es wird überdies ein grosser Vorteil der Ereignisfolge sein, die ich befürworte, dass der s a n f t e T o d d e s R e n t n e r s , des funktionslosen Investors, nichts Plötzliches sein wird, sondern nur eine allmähliche, aber verlängerte Fortsetzung dessen, was wir jüngst in Grossbritannien gesehen haben und keine Revolution erfordern wird. »

« Es würde einem Menschen immer noch freistehen, sein verdientes Einkommen anzuhäufen, mit der Absicht, es an einem späteren Zeitpunkt auszugeben. Aber seine Anhäufung (durch Zins!) würde nicht wachsen. »

T h e s e 6.

Es soll ein staatliches G e l d a m t geschaffen werden, dessen Direktor die Aufgabe hätte, die gesamte Geldmenge so zu regulieren, dass weder Inflation noch Deflation entsteht; mit andern Worten, dass der Durchschnittspreisstand möglichst stabil bleibt und damit die Kaufkraft des Geldes.

Ein leichtes Ansteigen des Preisstandes wäre vielleicht zulässig und für ein Volk vorteilhafter als eine Steigerung der Reallöhne durch Senkung des Preisstandes. Denn bei « ansteigendem » Preisstand funktioniert die Privatwirtschaft — bei fallenden Preisen aber nicht!

A n m e r k u n g .

« Es kommt sehr darauf an, dass die G e l d m e n g e und nicht die Qualität der Kredite der Banken kontrolliert wird. »

(Dr. Laughlin Currie. Aus einem Artikel von Prof. Dr. Böhler in der « NZZ. » vom 11. Februar 1945.)

« Ein Volk, dessen gewählte Vertreter die Kaufkraft seines Geldes nicht regulieren, ist kein freies Volk. »

(Charles Morgan-Webb. In seinem Buche « The Rise and Fall of the Gold-Standard. » Neuyork 1934.)

« Das Hauptgeschäft der Regierung besteht darin, darauf zu achten, dass der allgemeine Preisstand stabil bleibt. Jede Erhöhung oder Senkung des allgemeinen Preisstandes wäre gleichbedeutend mit einer (mehr oder weniger) willkürlichen Veränderung des Münzwertes und daher ein Betrug am Volke. »

(Bischof Berkeley, Irland 1685—1753. Zitiert nach der Zusammenfassung von Christopher Hollis in seinem Buche « The Two Nations ».)

T h e s e 7.

Wenn auf Weisung des Geldamtes neue Bankguthaben geschaffen werden können, ohne dass dadurch eine Inflation entsteht, so werden diese der Staatskasse überwiesen auf ihr Konto bei der

Bundesbank. Dieses neue Geld soll in erster Linie vom Staate verausgabt werden für Zwecke der Wohlfahrt und für solche von allgemeiner Wichtigkeit. Damit ist auch dafür gesorgt, dass dieses neue Geld mehr den Minderbemittelten zugute kommt und damit den ganzen Geldkreislauf befriachten kann.

A n m e r k u n g .

« In früheren Zeiten wurde neues Geld nur vom König und seiner Regierung herausgegeben (die Geldherstellung war also Staatsmonopol). — Heute aber haben die Regierungen überall das Recht (das zu schaffen, was in Wirklichkeit neues Geld ist) an private Individuen abgetreten, und der durch die Schöpfung des neuen Geldes erworbene Gewinn gelangt nicht mehr länger an das Volk zurück. Der private Schöpfer neuen Geldes behält, genau wie der Fälscher, seinen Gewinn für sich und zieht auf Kosten seiner Mitmenschen, König und Regierung miteingeschlossen, seinen Nutzen aus diesem Recht. »

« Wie muss man es machen, damit der Staat Anleihen benötige? Unter was für Umständen borgt gewöhnlich ein Einzelner oder eine Gesellschaft? Sicher dann, wenn es diesem Einzelnen oder dieser Gesellschaft an Geld fehlt, ihre Geschäfte zu betreiben oder auszubauen! Leute mit genügend eigenem Kapital borgen nicht! Folglich ist es das Ziel des Finanzsystems, gute Bürger (wie die Staaten es sind!) daran zu hindern, dass sie sich selber Geld anhäufen. Das muss also das erste und wichtigste Ziel des Finanzsystems sein. »

(R. McNair Wilson. Beide Sätze sind zitiert aus seinem Buche « Promise to Pay », London 1935.)

T h e s e 8.

Die Bundesbank sollte keine Anleihen gewähren, nur den ganzen Zahlungsverkehr besorgen und erleichtern, vor allem durch Schaffung des staatlich geschöpften Buchgeldes und auch durch Ausbau des staatlich verwalteten bargeldlosen Zahlungsverkehrs.

Die Bundesbank verwaltet die Bankguthaben der Privatpersonen nach möglichst billigen Grundsätzen — und wie schon heute bei der Nationalbank bei den Giroguthaben —, ohne dafür Zinsen zu bezahlen.

A n m e r k u n g .

« Im Interesse einer idealen Kontrolle der Geldversorgung ist die Verwaltung der Zahlungsguthaben der Banken vollständig vom eigentlichen Kreditgeschäft der Banken zu trennen und sollte dem Staa te übertragen werden. »

(Dr. Laughlin Currie. Zitiert aus einem Artikel von Prof. Dr. Böhler in der « NZZ. » vom 11. Februar 1945.)

T h e s e 9.

Die Staatskasse kann zinslose Anleihen für im Interesse der Nation liegende Zwecke aus ihrem Guthaben bei der Bundesbank gewähren.

Auch der Private kann Darlehen geben (nicht zinslos!), sofern er über genügend Bankguthaben bei der Bundesbank verfügt. Der Staat sollte aber mit gutem Beispiel vorangehen und die Schuldenmacherei verpönen. Nur so kann der reine Zins immer kleiner und die allen so schwer fallende Rückzahlung vermieden werden.

A n m e r k u n g.

« Denn die Bedeutung des Geldes röhrt im wesentlichen daher, dass es ein Verbindungsglied zwischen der Gegenwart und der Zukunft darstellt. »

« Die kennzeichnende Eigenschaften des Geldes liegen vor allem darin, dass es eine scharfsinnige Einrichtung ist, um die Gegenwart mit der Zukunft zu verbinden; und wir können nicht einmal anfangen, die Wirkung sich ändernder Erwartungen auf laufende Tätigkeiten zu erwägen, es sei denn in Grössen von Geld.

Wir können vom Gelde nicht einmal dadurch loskommen, dass wir das Gold und Silber und die gesetzlichen Zahlungsmittel abschaffen. »

(Lord Keynes. Aus seinem Buche « Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes », London 1935.)

T h e s e 10.

Jeder Schweizer sollte ein Checkkonto bei der Bundesbank (oder ein Postcheckkonto) besitzen, so wie er heute schon obligatorisch ein Militärdienstbüchlein, ein Krankenkassen- und Arbeitslosenbuch usw. hat.

Bankguthaben sind heute schon die entscheidende Menge unserer Kaufkraft (und werden es künftig noch viel mehr sein!); Banknoten und Geldmünzen dienen uns je länger je mehr bloss noch als Taschengeld für den Geldbeutel.

A n m e r k u n g.

« Die Buchhaltung ist eine der schönsten Erfindungen des menschlichen Geistes... » Goethe.

B e m e r k u n g.

Meiner Meinung nach wären die Postcheckämter zu verschmelzen mit den Filialen der Bundesbank, um Doppelprüfkeiten zu vermeiden und den gesamten Zahlungsverkehr richtig

rationalisieren zu können. Die Checkkonti bei der Bundesbank wären aufzuteilen in

Grosskonto A für Grossbetriebe, Geschäfte usw.,

Kleinkonto B für Privatpersonen usw.,

Verwaltungskonto C für alle staatlichen Einrichtungen und Betriebe.

Für jede Abteilung wären besondere Checkformulare zu schaffen; auch wären neue Checkformulare zu schaffen, die den bar-geldlosen Zahlungsverkehr noch mehr erleichtern als bisher.

*

Schlussbemerkung.

Das schweizerische Geldwesen ist Sache des Schweizervolkes! Hier gilt es vor allem, Herr im eigenen Hause zu sein! Sich einer « internationalen Zentralbank » anzuschliessen, wäre gewiss von Nutzen, um Handel mit der ganzen Welt treiben zu können. Aber die Inland-Kaufkraft des Schweizer Geldes muss allein vom Schweiz. Geldamt geregelt und so stabil wie möglich gehalten werden.

Die Geldmenge an Schweizer Geld ist ureigenste Sache der Schweiz und soll nicht von Gold- und Geldspekulanten im In- und Ausland beeinflusst und damit zum Nachteil des Schweizervolkes verändert werden können.

Anmerkung.

« Wie kann ein Staat sein Währungssystem straff organisieren, wenn das Gold „wie ein betrunkener Tyrann“ (Ausdruck von Prof. Irving Fisher) über das ganze Geldwesen herrscht? »

Eine schweizerische Arbeiterschule.

Von Hans Neumann.

Wenn nicht alle Zeichen täuschen, so steht die schweizerische Arbeiterbewegung in einer Periode des Aufschwungs. Innert einiger Jahre haben Zehntausende von Arbeitern die Reihen der Gewerkschaften verstärkt. In bisher unerschlossenen Gebieten entstehen Arbeiterorganisationen. Die Wähler schicken die Vertreter der Sozialdemokratie als stärkste Fraktion in die eidgenössischen Räte. Die Geschichte der letzten 25 Jahre hat allerdings eindrücklich gezeigt, dass hohe Mitgliederzahlen und Wählerziffern noch kein zuverlässiger Gradmesser für die wirkliche Stärke einer Bewegung sind. Der äussere Aufstieg der Arbeiterbewegung muss darum, wenn er dauernd wirksam werden soll, von einer innern Vertiefung gefolgt sein. Noch mehr Mitarbeiter sind nötig, die nicht nur durch